

Die US-Präsidentenwahl vom 8. November 2016: *Trumps* Triumph

Bernhard Kornelius

Am 8. November 2016 fand in den USA die 58. Präsidentenwahl statt. Acht Jahre nach der historischen Wahl *Barack Obamas*¹ und den damit verbundenen Hoffnungen auf einen grundlegenden politischen und gesellschaftlichen Wandel² haben die US-Bürger erneut einen spektakulären Wechsel herbeigeführt. Überlagert von einer innenpolitischen Agenda, kommunikativ gestützt auf reduziert-postfaktischen Populismus, getragen von Zukunfts- und Abstiegsängsten, einem unscharf formulierten Wunsch nach Veränderung und massiver Kritik am gouvernementalen Establishment wurde der Republikaner *Donald Trump* zum 45. Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt. Flankiert wurde der in vielen Teilen der Welt von Unsicherheit und Sorgen begleitete Wahlsieg von Erfolgen der Republikanischen Partei in Senat und Repräsentantenhaus³, die dem zukünftigen US-Präsidenten zumindest bis zu den so genannten midterm elections Ende 2018 eine formell solide Machtbasis sichern.

Für Politik und Person im Weißen Haus markiert der Übergang von *Obama* zu *Trump* eine „Zäsur für die USA und die Welt“⁴. Wie die nachfolgende Analyse zeigt – Datenbasis hierfür ist primär der United States General Exit Poll⁵ unter 24.558 Wählerinnen und Wählern – sind die Ursachen für das Ergebnis weder in spezifisch-singulären Motiven, einem bestimmten Ereignis, einem substanziellen Realignment des Elektorates noch in einer ganz bestimmten Wählergruppe zu verorten. So greift die häufig vertretene These, wonach *Trump* seinen Triumph primär weißen Männern mit formal niedrigem Bildungsniveau verdankt⁶,

- 1 Vgl. *Bernhard Kornelius*, Die US-Präsidentenwahl vom 4. November 2008: Obamas Zeitenwende. Der Sieg allein ist nicht der Wechsel, in: ZParl, 40. Jg. (2009), H. 2, S. 296 – 316.
- 2 Zur (vorläufigen) Bilanz der *Obama*-Administration unter anderem *Wienand Gellner* / *Patrick Horst* (Hrsg.), Die USA am Ende der Präsidentschaft Barack Obamas, Wiesbaden 2016; *Reymer Klüver*, Changed? Obama 2012, in: APuZ, 61. Jg. (2011), H. 51-53, S. 3 – 7; *Michael Dimock*, How America Changed During Barack Obama's Presidency, <http://www.pewresearch.org/2017/01/10/how-america-changed-during-barack-obamas-presidency> (Abruf am 10. März 2017). Vgl. auch den Beitrag von *Patrick Horst* in diesem Heft der ZParl.
- 3 Vgl. den Beitrag von *Michael Kolkman* in diesem Heft der ZParl.
- 4 *Stefan Kornelius*, Trumps Sieg – eine Zäsur für die USA und die Welt, in: SZ online vom 10. November 2016, <http://www.sueddeutsche.de/politik/praesidentschaftswahl-trumps-sieg-eine-zaesur-fuer-die-usa-und-die-welt-1.3241190> (Abruf am 26. April 2017).
- 5 Vgl. Edison Research, United States General Election General Exit Poll 2016. Für die Befragung der Wähler unmittelbar nach der Stimmabgabe sowie telefonische Befragungen unter „Early-/Absentee-Voters“ beziehungsweise den drei Bundesstaaten mit „all Mail Voting“ hatten wie bei den vergangenen drei Präsidentenwahlen die großen Networks abc, CBS, CNN, FOX News und NBC sowie die Nachrichtenagentur AP das Meinungsforschungsinstitut Edison Research mit der Durchführung des Exit Polls beauftragt. Für die US-Wahlberichterstattung der Forschungsgruppe Wahlen im ZDF stand ebenfalls diese Datenbasis zu Verfügung.
- 6 Unter anderem *Andrew McGill*, America's Educational Divide Put Trump in the White House, in: The Atlantic online vom 27. November 2016, <https://www.theatlantic.com/politics/archive/2016/11/education-put-donald-trump-in-the-white-house/508703/> (Abruf am 26. April 2017); *Martin Gäcke* / *Daniel Hauffler*, Das sind die Trump-Wähler – Über 50, männlich, weiß, ungebildet, in: Berliner Zeitung online vom 9. November 2016, <http://www.berliner-zeitung.de/politik/analyse-das-sind-die-trump-waehler---ueber-50--maennlich--weiss--ungebildet-25060102> (Abruf am 26. April 2017).

deutlich zu kurz. Vielmehr basiert sein Erfolg auf einer relativ breiten Wählerschaft, die – bei oft nur moderaten Veränderungen in den sozialen und demographischen Gruppen – zunächst klassische Muster US-amerikanischen Abstimmungsverhaltens aufweist. Wie praktisch alle republikanischen Präsidentschaftsbewerber der letzten Jahrzehnte war auch *Trump* weit überproportional erfolgreich in der weißen, vergleichsweise partizipationsfreudigen Mittelschicht. Auffällig viel Bewegung gab es dagegen jenseits der urbanen Zentren: Im ländlichen, kleinstädtischen oder küstenfernen Amerika hat sich der hier ohnehin hohe Zuspruch zu den Republikanern mit *Trump* vielerorts signifikant verstärkt. Symptomatisch war zudem die massive Unterstützung von Bürgern, die den derzeitigen Kurs der Nation kritisch, Amerikas Zukunft pessimistisch und ihre eigene Finanzlage als verschlechtert bewerteten. Bei hoher Unzufriedenheit mit der *Obama*-Administration galt *Trump* für die meisten seiner Unterstützer als Mann, der unter dem Primat nationaler Interessen den vermeintlich notwendigen Wechsel einläuten und die Nation wieder „groß“ machen könne.

Mit einer aggressiven, jenseits der klassischen Medien lancierten Kampagne schaffte es *Trump*, in einem vielerorts polarisierten und ideologisch radikalisierten Land eine auch an anderen Orten der Welt⁷ zunehmende Grundstimmung gegen konventionell-etablierte Politik zu bedienen, zu verstärken und am Ende effizient in den entscheidenden Staaten abzuschöpfen. Mit teilweise äußerst knappen Siegen nahmen die Republikaner den Demokraten sechs „swing states“ ab, deren Wahlmänner *Donald Trump* dann zu einer – historisch betrachtet schwachen – Mehrheit verhalfen. In der landesweiten, letztendlich aber völlig irrelevanten „popular vote“ erzielte der 70-jährige Unternehmer aus der Immobilien- und Unterhaltungsbranche fast drei Millionen Stimmen weniger als die Kandidatin der Demokraten, *Hillary Clinton*. Entsprechend verdankt *Trump* sein Amt auch dem Wahlsystem mit dem „electoral college“ als Institution, die der neue Präsident via twitter zunächst als „Desaster für die Demokratie“⁸ und kurz nach seiner Wahl als „genial“⁹ bezeichnet hatte. Was exemplarisch ist für *Trumps* originäres Kommunikationsverhalten, seine reduziert-einfache Sprache oder ein ambivalentes Demokratieverständnis, taugt zudem als Beispiel für seinen politischen Opportunismus: Inhaltlich konstant, und damit berechenbar – das zeigten jedenfalls bereits die ersten Monate im Amt – dürfte der 45. Präsident der Vereinigten Staaten nicht regieren.

1. Ausgangslage

Völlig überraschend war *Trumps* Triumph nicht. Zwar hatten verschiedene US-Medien unter anderem mithilfe umfragebasierter Prognosemodelle einem *Clinton*-Wahlsieg die weit aus höheren Chancen eingeräumt¹⁰, und in den landesweiten Umfragen zum gewünschten

7 Unter anderem *Ronald F. Inglehart / Pippa Norris*, *Trump, Brexit, and the Rise of Populism: Economic Have-Nots and Cultural Backlash*, in: Harvard Kennedy School, Faculty Research Working Paper Series, August 2016.

8 *Donald J. Trump*, Twitter Tweet vom 6. November 2012, <https://twitter.com/realDonaldTrump/status/266038556504494082> (Abruf am 3. Januar 2017).

9 *Ders.*, Twitter Tweet vom 15. November 2016, <https://twitter.com/realDonaldTrump/status/798521053551140864> (Abruf am 3. Januar 2017).

10 Unter anderem in der New York Times der Statistikexperte *Nate Silver*, *Who Will Win the Presidency?*, in: *FiveThirtyEight* vom 8. November 2016, <https://projects.fivethirtyeight.com/2016-election-forecast> (Abruf am 3. Januar 2017).

Präsidenten lag die Demokratin kurz vor der Wahl knapp vor *Trump*¹¹, was sich mit Blick auf das Ergebnis der popular vote am Ende ja auch als zutreffend erwies. Offensichtlich hatten auch aufgrund dieser rudimentären und – was die entscheidenden Wahlmännerstimmen betrifft – faktisch irrelevanten Informationen zahlreiche Beobachter das Rennen vorab für entschieden erklärt. Allerdings war entgegen vielfacher Erwartungen und eindeutiger Präferenzen gerade in Deutschland¹² bei einem systematisch-seriösen Umgang mit den unzähligen Vorwahlumfragen auf Bundesstaatenebene nie auszuschließen, dass der nächste Präsident *Donald Trump* heißen konnte. Unter anderem aufgrund „methodisch bedingter Zugangsprobleme“ sowie „möglicherweise neuer Phänomene wie einem undercoverage bestimmter Wählergruppen vor allem aus dem *Trump*-Anhängerlager sowie einem Fragezeichen hinter der tatsächlichen Mobilisierungsfähigkeit der *Clinton*-Kampagne“¹³ war mit Blick auf einen vermeintlichen „Durchmarsch“ der Demokraten Vorsicht geboten. Dies galt natürlich primär für die entscheidenden „battleground states“: Zwar wurden auf praktisch allen „forecast maps“ *Hillary Clinton* vorab mehr „sichere“ Staaten zugerechnet als *Donald Trump*. Doch neben den farblich als mehr oder weniger sicher eingestuften „red“ oder „blue states“ zeigten diese Karten auch Kopf-an-Kopf-Rennen in zahlreichen Bundesstaaten.¹⁴ Bei seriöser Lesart konnte vor der Wahl so allein schon aufgrund der Fehlerbereiche von Umfragen keiner der beiden Kandidaten in der Nähe oder über der für den Wahlsieg notwendigen Mehrheit von 270 Wahlmännerstimmen verortet werden.

Wegbereiter für *Trumps* Triumph war seine schwache Gegenkandidatin. *Hillary Clinton* konnte inhaltlich wie persönlich nicht überzeugen. Trotz diverser Steilvorlagen, besonnenem Auftreten im Wahlkampf, praktisch fehlerfreien TV-Duellen, dem größeren Beratungs- und Kampagnenteam sowie den weitaus höheren finanziellen Mitteln¹⁵ hatte sie erhebliche Mobilisierungsdefizite gerade auch in pro-demokratischen Wählergruppen. Zwar wurden *Clintons* Erfahrung und ihr Knowhow von den eigenen Wählern anerkannt, und der amtierende US-Präsident *Barack Obama* würdigte seine ehemalige parteiinterne Konkurrentin aus dem Jahr 2008 als „qualifizierteste Bewerberin aller Zeiten“¹⁶. Faktisch war

11 Im Schnitt von mehreren hundert Umfragen zwischen Jahresbeginn und dem 7. November 2016 lag *Clinton* rund vier Prozentpunkte und unmittelbar vor der Wahl gut drei Punkte vor *Trump*, http://www.realclearpolitics.com/epolls/2016/president/us/general_election_trump_vs_clinton-5491.html (Abruf am 3. Januar 2017).

12 Vgl. unter anderem Forschungsgruppe Wahlen; Politbarometer Oktober II 2016: In Deutschland favorisierten 88 Prozent der Wahlberechtigten *Hillary Clinton* und fünf Prozent *Donald Trump* als nächste/n US-Präsident/in.

13 *Bernhard Kornelius / Yvonne Schroth*, US-Wahlen am 8. November 2016: Daten, Zahlen, Hintergründe, Arbeitspapier der Forschungsgruppe Wahlen vom 2. November 2016, S. 9.

14 Nach einem mehrstufigen Auswahl- und Prüfverfahren zahlreicher Umfragen aus den US-Bundesstaaten hat so etwa die Forschungsgruppe Wahlen für das ZDF kurz vor der Wahl neun Bundesstaaten und einen Kongresswahlbezirk in Maine mit insgesamt 115 Wahlmännerstimmen „Kopf-an-Kopf“ eingestuft, <http://wahltool.zdf.de/slideshow/USA2016.html> (Abruf am 3. Januar 2017).

15 Zahlen und Details zur Kampagnenfinanzierung der Kandidaten veröffentlicht unter anderem die Federal Election Commission unter www.fec.gov/disclosure/pnational.do (Abruf am 3. Januar 2017).

16 Transkript der Rede *Obamas*: Washington Post Staff, President Obama's Speech at the Democratic Convention, in: Washington Post online vom 28. Juli 2016, www.washingtonpost.com/news/the-fix/wp/2016/07/27/president-obamas-speech-at-the-democratic-convention (Abruf am 3. Januar 2017).

aber ihre jahrzehntelange Zugehörigkeit zum politischen Establishment das wohl entscheidende Handicap, zumal *Clinton* neben einem unbeliebten Politikertypus bei einer maximal moderaten Neujustierung innen- und außenpolitischer Leitlinien eindeutig inhaltliche Kontinuität zur scheidenden Administration verkörperte. Doch ein grundsätzliches „Weiter so“ war den Amerikanern nicht genug. Eine Fortführung der Politik *Obamas* wollten nur 28 Prozent aller Wähler. Für 17 Prozent sollte der nächste Präsident einen liberaleren Weg einschlagen, und 47 Prozent plädierten im Vergleich zu *Obama* für einen wieder konservativeren Kurs. Aus diesem Wunsch nach Veränderung resultierte dann weniger ein konkretes Votum für die Politik und Person *Donald Trumps* als vielmehr ein Nein zu *Hillary Clinton*. Denn als ehemalige First Lady, Senatorin und Außenministerin verkörperte sie die quasi idealtypische Repräsentantin der in weiten Teilen der US-Bevölkerung verhassten Politikmaschine Washington D.C. und bot dem politischen Gegner so die ideale Projektions- und Angriffsfläche. Das Team um *Clintons* Wahlkampfmanager *John Podesta* fand darauf oft keine schlagkräftige Antwort, und neben handwerklichen und strategischen Defiziten¹⁷ etwa beim Umgang mit (Wähler-)Daten, in der Organisationsstruktur, beim (Nicht-)Erreichen potenzieller Zielgruppen insbesondere in den nordöstlichen „Battleground“-Staaten oder dem Fiasko gehackter Email-Konten¹⁸ wirkte die demokratische Kampagne mitunter passiv. Dass sich aber der republikanische Kontrahent durch Art und Auftreten selbst aller Chancen berauben würde, sollte sich als fataler Irrglaube erweisen.

Tatsächlich war *Trump* alles andere als eine überzeugende Alternative. Dem Immobilien-Tycoon und Polit-Debütanten begegneten selbst Teile der eigenen Wählerschaft mit erheblichen Vorbehalten. Zwar übernahm sein „running mate“ *Mike Pence* zumindest in der Kampagne die Rolle des rationalen, ruhigen und professionellen Gegenpols zu einem von Beginn der Vorwahlen¹⁹ an hochkonfrontativ und unberechenbar auftretenden *Donald Trump*. Doch faktisch war der Kandidat für den Job des Vizepräsidenten mit seiner Radikalität in politischen Grundsatzfragen in hohem Maße anschlussfähig an *Trumps* Kampagne und Strategie. *Mike Pence*, der als Evangelikaler mit erzkonservativem Profil vor allem auch die vielen radikalen Christen für die Republikaner beziehungsweise gegen *Clinton* mobilisieren sollte, hat während seiner langen politischen Karriere als Repräsentant und Gouverneur Indianas erbittert gegen die Rechte von Minderheiten gekämpft, galt als homophob, frauen- und wissenschaftsfeindlich und verneinte Evolution sowie Klimawandel.

Was die Vergangenheit und den Wahlkampf von *Trump* betraf, haben die diversen Skandale, verbalen Ausfälle und persönlichen Attacken²⁰ im beruflichen und privaten Leben des Immobilien- und Medienunternehmers ihm nicht geschadet: Der 70-jährige Republikaner wurde jedenfalls gewählt, auch nachdem über fehlende Steuererklärungen, über Zweckentfremdung seiner Wohltätigkeitsstiftung oder über betrogene Studenten an der „Trump

17 Vgl. *Jonathan Allen / Amie Parnes*, Shattered: Inside Hillary Clinton's Doomed Campaign, New York 2017.

18 Vgl. dazu ausführlicher weiter unten.

19 Zu den Präsidentschaftsvorwahlen der Republikaner wie auch der Demokraten vgl. den Beitrag von *Torben Lütjen* in diesem Heft der ZParl.

20 Die New York Times hat eine Liste mit 329 Personen und Institutionen erstellt, die *Donald Trump* seit Ankündigung seiner Kandidatur in über 4.000 Tweets beleidigt hat. Vgl. *Jasmine C. Lee / Kevin Quealy*, The 329 People, Places and Things Donald Trump Has Insulted on Twitter: A Complete List, in: New York Times online vom 28. März 2017, <https://www.nytimes.com/interactive/2016/01/28/upshot/donald-trump-twitter-insults.html> (Abruf am 4. März 2016).

University“ diskutiert wurde – oder im Zusammenhang mit seinem Firmenimperium über seine Zahlungsmoral, den Umgang mit Angestellten, illegale Beschäftigung und potenzielle Interessenkonflikte im Präsidentenamt. *Trump* wurde gewählt, nachdem er die Eltern toter Soldaten, behinderte Menschen oder ganze Ethnien beleidigt hatte. Zum Rassismus kam Sexismus: Neben mehreren Vorwürfen sexueller Belästigung sorgte im Wahlkampf vor allem eine Aufnahme für Wirbel, auf der zu hören ist, wie *Trump* obszön über sexuell übergriffiges Verhalten gegenüber einer Frau redet. Und er wurde auch gewählt, nachdem er diverse politische Institutionen und Traditionen, US-Politiker und ausländische Staatschefs wie *Angela Merkel*²¹ oder pauschal Amerikas mexikanische Nachbarn wiederholt pikiert, abschätzig attackiert oder verunglimpft hatte. Deutliche Worte fand in diesem Kontext *Barack Obama*, der dem Bewerber „the *Donald*“²² mit unüberhörbarer Verachtung vorgeworfen hatte, weder echte Pläne noch Fakten zu haben, und allen, die Amerikas Werte bedrohten – neben Faschisten, Kommunisten oder Dschihadisten explizit auch „hausgemachten Demagogen“ –, ein Scheitern prophezeite.

Dass *Donald Trump* am 8. November dann nicht gescheitert ist, hat viele Gründe. Für seinen Triumph ist wie bei praktisch allen Präsidentenwahlen ein Faktorenmix aus den Bereichen Parteien-, Themen- und Kandidatenorientierung ebenso verantwortlich wie Kampagneneffekte, rationale und taktische Motive, die ökonomische Konstitution oder individuelle Perspektiven der Wähler. Relevant sind zudem prädominante Einflussgrößen, wobei neben den demographischen und sozialstrukturellen Merkmalen zunächst ein Blick auf die Parteiidentifikation und politische Basisorientierung lohnt, denn obwohl bei der Parteiidentifikation ungewöhnlich viel Stabilität und bei den politischen Grundeinstellungen ein Basistrend hin zu einem freisinnigerem Amerika auffällt, konnte *Clinton* daraus keinen Profit schlagen. Sowohl unter allen erwachsenen Amerikanern²³ als auch unter den Wählern ist langfristig der Anteil derjenigen US-Bürger gewachsen, die sich in politischen Angelegenheiten selbst als liberal einstufen. Umgekehrt werden die moderaten Kräfte schwächer. Allerdings war der Anteil der Konservativen an den Urnen beziehungsweise Wahlmaschinen sehr konstant, und diese Gruppe, in der gut vier Fünftel *Trump* wählten, stellte mit gut einem Drittel aller Wähler erneut ein deutlich größeres Kontingent als die liberal orientierten US-Bürger. Von diesen haben zwar die meisten für *Clinton* gestimmt; doch mit rund einem Viertel aller Wähler besaßen politisch liberale Amerikaner ein signifikant geringeres Gewicht als die Konservativen im Elektorat (vgl. Tabelle 1).

Was die langfristigen Parteibindungen betrifft, identifizierten sich weiterhin etwas mehr Wähler mit den Demokraten als mit den Republikanern. Relativiert wurde dieser strukturelle Vorteil – trotz Erosion traditioneller Milieus auch in den USA begünstigen entsprechend ideologische Prädispositionen weiterhin ein zuverlässiges Partizipations- und Abstimmungsverhalten – durch *Clintons* Defizite bei unabhängigen Wählern: Bei den „Independents“, deren Anteile unter den Wählern bei Präsidentenwahlen allerdings

21 Nach der Wahl der deutschen Bundeskanzlerin zur Person des Jahres Ende 2015 durch das Time-Magazin bezeichnete *Trump Merkel* unter anderem als Person, die „Deutschland ruiniert“ habe. *Donald J. Trump*, Twitter Tweet vom 9. Dezember 2015, <https://twitter.com/realDonaldTrump/status/674587800835092480> (Abruf am 4. März 2017).

22 Washington Post Staff, a.a.O. (Fn. 16).

23 Vgl. *Lydia Saad*, US Conservatives Outnumber Liberals by Narrowing Margin, <http://www.gallup.com/poll/201152/conservative-liberal-gap-continues-narrow-tuesday.aspx> (Abruf am 1. März 2017).

Tabelle 1: Wahlentscheidung in sozialen Gruppen (in Prozent)			
	alle	davon wählten ...	
		Clinton	Trump
Politische Grundeinstellung			
liberal	26	84	10
moderat	39	52	40
konservativ	35	16	81
Parteiorientierung			
Demokraten	36	89	8
Republikaner	33	8	88
unabhängig / andere	31	42	46
Quelle: Edison Research, a.a.O. (Fn. 5).			

weniger schnell wachsen als unter allen US-Bürgern²⁴, war die Demokratin weit weniger erfolgreich als *Obama* bei seiner ersten Präsidentschaftswahl. Wenn auch nur vergleichsweise knapp, hatte *Clinton* diese hochvolatile und entsprechend relevante Gruppe am Ende an *Trump* verloren (vgl. Tabelle 1).

2. Kandidaten und Themen

Ein wichtiger Grund für *Clintons* Mobilisierungsschwäche war ihr schwaches Persönlichkeitsprofil. Was Naturell und fachliche Eignung betrifft, galt die langjährige Vollblutpolitikerin zwar eher für das Präsidentenamt geeignet als der politische Quereinsteiger *Trump* (vgl. Tabelle 2). Absolut betrachtet konnte sie aber selbst in diesen originär-amtsspezifischen Disziplinen nur sehr bedingt überzeugen. Lediglich etwas mehr als die Hälfte der Wähler bezeichnete *Clinton* als ausreichend qualifiziert. Geradezu desaströs wurde sie auf der persönlichen Ebene wahrgenommen. Deutlich weniger als die Hälfte aller Wähler besaß von Amerikas erster aussichtreicher Präsidentschaftskandidatin eine grundsätzlich gute Meinung, und lediglich gut ein Drittel bezeichnete *Clinton* als „ehrlich und vertrauenswürdig“.

Tabelle 2: Kandidatenprofil (in Prozent)				
	Clinton		Trump	
	ja	nein	ja	nein
gute Meinung von ...	43	55	38	60
... ist ehrlich und vertrauenswürdig	36	61	33	64
... ist als Person für das Amt geeignet	55	44	35	63
... ist für das Amt qualifiziert	52	47	38	61
Quelle: Edison Research, a.a.O. (Fn. 5).				

²⁴ Nach Untersuchungen des PEW-Instituts ist der Anteil der „Independents“ unter erwachsenen US-Bürgern zwischen 2008 und 2015 um neun Prozentpunkte angestiegen, unter den beim Exit Poll befragten Wählern beträgt der Zuwachs dagegen zwei Prozentpunkte. Vgl. Pew Research Center, A Deep Dive Into Party Affiliation, in: PEW-Report vom 7. April 2015.

Maßgeblich forciert wurde dieses Misstrauen durch die so genannte Email-Affäre.²⁵ Völlig konträr zu ihrem Kontrahenten war diese Angelegenheit für *Clinton* der praktisch einzig große Skandal im Wahlkampf, der aber ganz erheblich mit zu ihrer Wahlniederlage beigetragen hat. In ihrer Zeit als Außenministerin hatte die Demokratin aus „Bequemlichkeit“²⁶ ebenso wie enge Vertraute private Email-Server auch für dienstliche Belange genutzt. Das FBI erkannte trotz „extrem leichtsinnigen“ Umgangs mit „streng geheimen Informationen“ im Sommer 2016 keine Anhaltspunkte für kriminelles Verhalten.²⁷ Doch *Trump* hatte damit die perfekte Vorlage beziehungsweise den vermeintlichen Nachweis, um „crooked *Hillary*“²⁸ das Etikett einer unehrlichen Kandidatin anzuheften. Nachdem im Kontext der Email-Affäre auch eine Stiftung von *Hillary*s Ehemann und Ex-Präsident *Bill Clinton* sowie Netzwerke im politischen Washington kritisch diskutiert wurden, nutzte die *Trump*-Kampagne die Vorgänge so gut wie täglich, um via facebook²⁹, twitter³⁰ sowie bei praktisch allen Wahlkampfveranstaltungen *Hillary Clinton* als käuflich, falsch und schädlich für Land und Leute darzustellen. Die Bandbreite der Vorwürfe erstreckte sich – hier in stark reduzierter Auswahl – von „Weltklasse-Lügnerin“ über Vorteilsnahme zuungunsten amerikanischer Bürger oder einer „Tod, Zerstörung und Terror“ bringenden *Clinton*-Außenpolitik bis hin zur „korruptesten Kandidatin aller Zeiten“³¹. Während *Trumps* Anschuldigungen und Tiraden regelmäßig in qualifizierten Faktenchecks entkräftet und widerlegt wurden³², gipfelte die Negativkampagne der Republikaner, die neben dem Bedienen der eigenen Klientel sowie dem Rekrutieren von Protestwählern vor allem auch das strategische Ziel einer Demobilisierung möglicher *Clinton*-Wähler verfolgte³³, im Aufruf beziehungsweise *Trumps* konkreter Ankündigung, *Hillary Clinton* ins Gefängnis bringen zu wollen – quasi in Stellvertreterhaft für das verhasste Polit-Establishment. Beim Kurznachrichtendienst twitter

25 Vgl. *Michael S. Schmidt*, Hillary Clinton Used Personal Email Account at State Dept., in: New York Times online vom 2. März 2015, <https://www.nytimes.com/2015/03/03/us/politics/hillary-clintons-use-of-private-email-at-state-department-raises-flags.html>? (Abruf am 3. März 2017).

26 Erklärung *Clintons* zur Nutzung privater Email-Server: *Zeke J. Miller*, Transcript: Everything Hillary Clinton Said on the Email Controversy, in: Time Magazine online vom 10. März 2015, <http://time.com/3739541/transcript-hillary-clinton-email-press-conference/> (Abruf am 3. März 2017).

27 Transkript zu den Untersuchungsergebnissen des FBI: „No Charges Are Appropriate“: Statement by FBI Director Comey on Clinton Email Probe, in: Wall Street Journal online vom 5. Juli 2016, <http://blogs.wsj.com/washwire/2016/07/05/no-charges-are-appropriate-statement-by-fbi-director-comey-on-clinton-email-probe> (Abruf am 3. März 2017).

28 In seinen häufig geteilten Tweets über *Clinton* nutzte *Trump* den Begriff „die betrügerische *Hillary*“ mehrere hundert Mal.

29 Zum Beispiel *Donald J. Trump*, Facebook Post vom 5. Juli 2016, <https://www.facebook.com/DonaldTrump/videos/10157263351880725/> (Abruf am 3. März 2017).

30 Zum Beispiel *ders.*, Twitter Tweet vom 6. Juli 2016, <https://twitter.com/realDonaldTrump/status/750663349025767424/> (Abruf am 3. März 2017).

31 So *Donald J. Trump* unter anderem während einer einzigen Rede: *ders.*, Donald J. Trump on the Stakes of the Election, 22. Juni 2016, www.donaldjtrump.com/press-releases/Donald-j.-Trump-on-the-stakes-of-the-election (Abruf am 3. März 2017).

32 Etwa zur oben genannte Rede durch die New York Times. Vgl. *Michael Barbaro* u.a., Donald Trump's Speech: What You Missed and Our Fact Checks, in: New York Times online vom 22. Juni 2016, <https://www.nytimes.com/2016/06/23/us/politics/donald-trump-speech-highlights.html> (Abruf am 3. März 2017).

33 Vgl. *Joshua Green*, Inside the Trump Bunker, in: Bloomberg online vom 27. Oktober 2016, <https://www.bloomberg.com/news/articles/2016-10-27/inside-the-trump-bunker-with-12-days-to-go> (Abruf am 3. März 2017).

mutierte #LOCKHERUP nicht nur zum Hashtag-Hit³⁴, sondern wurde ganz konventionell auch zum lautstark vorgetragenen Schlachtruf der *Trump*-Anhänger vor und nach dessen Wahl zum 45. Präsidenten.

Im Baukasten amerikanischer Wahlkampfpläne ist „negative campaigning“ ein hochbewährtes und perfektioniertes Basisinstrument. Neu waren die Qualität der Diffamierung, die Hartnäckigkeit beim Einsatz von Unwahrheiten sowie die massive Integration populistischer Stilelemente.³⁵ Nach bekannten Mustern bei (rechts-)populistischem Wahlerfolg positionierte sich *Donald Trump* mit komplexitätsreduzierender Kommunikation und überzeichneter Rhetorik als Sprachrohr einer angeblich schweigenden Mehrheit gegen die Eliten, zu denen neben der US-Bundesregierung oder *Clinton* jetzt auch die etablierten Medien zählten. Entsprechend sollte die Aktivierung der eigenen Klientel durch massive Polarisierung und überzeichnete Freund-Feind-Schemata gelingen, was durch die direkte und zielgruppenspezifische Ansprache via sozialer Netzwerke und der mobilen (Dauer-) Erreichbarkeit vieler potenzieller Wähler maßgeblich erleichtert wurde: Ohne den Umweg über die großen TV-Networks nutzte *Trump* für sein politisches Direktmarketing Vertriebskanäle ohne Prüf- oder Zensurinstanz. Kurz vor der Wahl hatten die 20 reichweitenstärksten Falschmeldungen jedenfalls mehr Leser auf Facebook als die 20 meistgelesenen Nachrichtenartikel in den klassischen Medien³⁶; und bei den Social Bots, also gezielt eingesetzten Computerprogrammen, die mithilfe von Algorithmen und rudimentärer künstlicher Intelligenz in den sozialen Netzwerken kommunizieren und Nachrichten verbreiten, wurden für *Trump* rund fünfmal so viele unterstützende Botschaften gezählt wie für *Clinton* – unzählige davon waren gespickt mit Halb- oder Unwahrheiten.³⁷

Dass diese millionenfach automatisiert erstellten Kurznachrichten mit beständiger (Des-)Information die politische Debatte befeuert haben, war dabei weniger Ausdruck für einen Strukturwandel der deliberativen Demokratie als vielmehr ein Instrument zur Meinungsbildung: Zunächst einmal waren die aggressiven Agenda-Setter Kampagnenelemente.³⁸ Um politische Präferenzen und Einstellungen formen und festigen zu können, bedarf es erfolgreicher Themensetzung flankiert mit dem Bedienen und Verstärken von Meinungen. Neu war, dass dieser Ansatz auch vielfach losgelöst von Tatsachen funktioniert. So war es für *Trump* nach viel stigmatisierender Vorarbeit am Ende sogar hilfreich, dass seine Gegnerin wegen ihrer Emails am Ende nochmals entlastet wurde: Ausgereicht hatte

34 Vgl. *Barbara Ortutay*, A Twitter Election: A Look at Some Memorable Hashtags, in: Associated Press online vom 26. Oktober 2016, <http://bigstory.ap.org/article/57c291debc544403817fabe334687c31/twitter-election-look-some-memorable-hashtags> (Abruf am 26. April 2017).

35 Hierzu etwa *Dirk Nabels* / *Frank A. Stengel*, Trump und der Populismus, E-Paper der Heinrich-Böll-Stiftung vom Februar 2017, <https://www.boell.de/sites/default/files/Trump-und-der-populismus.pdf> (Abruf am 20. März 2017).

36 So eine Untersuchung des Medienportals BuzzFeed: *Craig Silverman*, This Analysis Shows How Viral Fake Election News Stories Outperformed Real News On Facebook, in: BuzzFeed.com vom 16. November 2016, <https://www.buzzfeed.com/craigsilverman/viral-fake-election-news-outperformed-real-news-on-facebook?> (Abruf am 3. März 2017).

37 Vgl. *John Markoff*, Automated Pro-Trump Bots overwhelmed Pro-Clinton Messages, in: The New York Times vom 18. November 2016, S. 22.

38 Vgl. *Johannes Kuhn*, Enthemmt und unversöhnlich – der Social-Media-Kampf von Clinton und Trump, in: SZ online vom 15. Oktober 2016, <http://www.sueddeutsche.de/digital/uswahlkampf-enthemmt-und-unversoehnlich-der-social-media-kampf-von-clinton-und-trump-1.3205202> (Abruf am 4. März 2017).

wenige Tage vor der Wahl ein Brief vom damaligen FBI-Chef *James Comey* an die Kongressmitglieder, um entsprechende Vorurteile zu (re-)aktivieren. Unmittelbar danach verlor *Clinton* in den Umfragen deutlich an Zustimmung, und am 8. November besaß die Email-Affäre bei den Wahlmotiven für 95 Prozent der *Trump*-Wähler hohes Gewicht.

Neben seinen erfolgreichen Angriffen auf den politischen Gegner war *Trump* auch deshalb erfolgreich, weil er mit vielen Konventionen brach. Mit seinen – in Auswahl oben genannten – kalkulierten oder affektiven Tabubrüchen gab er den Antityp des Mainstream-Politikers und wirkte als politischer Quereinsteiger extrem authentisch. Psychologen erklären *Trumps* Popularität zwar auch mit seinem Charisma³⁹ beziehungsweise Persönlichkeitsmerkmalen wie Erscheinungsbild, Sprache oder Narzissmus.⁴⁰ Vor allem aber traf er mit seiner Kritik am Establishment, an seinen Protagonisten und der *Obama*-Administration einen zentralen Nerv weiter Bevölkerungsteile. So waren jeweils fast neun von zehn *Trump*-Wähler mit der Arbeit der Bundesregierung und dem amtierenden Präsidenten unzufrieden. Unter anderem ging 81 Prozent der *Trump*-Wähler *Obamas* Reform der Krankenversicherung zu weit, und völlig konträr zur Bewertung demokratischer Wähler forderten 76 Prozent der Republikaner, dass in den USA die Reichweite von Regierungspolitik eingeschränkt und mehr Dinge durch den freien Markt und die Bürger geregelt werden sollten. Beim „track“, der klassischen Frage der US-Demoskopen zur Lage der Nation, meinten nicht weniger als 93 Prozent seiner Anhänger, die Dinge in den USA bewegten sich generell in die falsche Richtung. Neben dem Gros aller Amerikaner (vgl. Tabelle 2) zweifelten zwar auch rund ein Viertel seiner eigenen Wähler an *Trumps* persönlicher und fachlicher Eignung für das Präsidentenamt; dafür galt er für eine überwältigende Mehrheit seiner Wähler als derjenige Kandidat, der – im Gegensatz zu *Clinton* – wirklich etwas bewegen könne. Mit auffälligen Parallelen zu *Obamas* „change“ im Jahr 2008 nannten 70 Prozent als wichtigsten Grund für ihre Wahlentscheidung, dass Trump den „notwendigen Wechsel“ bringe. Dass er sich „um Leute wie mich kümmert“, ein „gutes Urteilsvermögen“ oder die „richtige Erfahrung“ besitze, waren bei der Entscheidung zugunsten des Republikaners nachgeordnete Motive (vgl. Tabelle 3).

Tabelle 3: Entscheidung für einen Kandidaten – Wichtigstes Motiv (in Prozent)

<i>Hillary Clinton / Donald Trump ...</i>	<i>Clinton</i> -Wähler	<i>Trump</i> -Wähler
„kümmert sich um Leute wie mich“	18	11
„bringt den nötigen Wechsel“	11	70
„besitzt die richtige Erfahrung“	40	3
„hat ein gutes Urteilsvermögen“	27	11

Quelle: Edison Research, a.a.O. (Fn. 5).

Die massive Unzufriedenheit mit der Regierungspolitik und dem Zustand des Landes gingen einher mit spezifischen Einstellungen in ökonomischen Angelegenheiten. Tendenziell ähnlich wie die Demokraten identifizierte das *Trump*-Lager zwar ebenfalls die Wirtschaft

39 Vgl. *Max Ehrenfreund*, I Asked Psychologists to Analyze Trump Supporters, in: Washington Post online vom 15. Oktober 2016, <https://www.washingtonpost.com/news/wonk/wp/2015/10/15/i-asked-psychologists-to-analyze-trump-supporters-this-is-what-i-learned> (Abruf am 4. März 2017).

40 Vgl. *Vinita Mehta*, Why is Donald Trump so Popular?, in: Psychologytoday.com vom 14. September 2015, <https://www.psychologytoday.com/blog/head-games/201509/why-is-donald-trump-so-popular> (Abruf am 4. März 2017).

Tabelle 4: Agenda und Wirtschaftslage (in Prozent)

	alle	Clinton-Wähler	Trump-Wähler
wichtigstes Problem für die USA			
Wirtschaft	52	56	47
Terrorismus	18	15	22
Einwanderung	13	9	17
Außenpolitik	13	16	9
Familieneinkommen 2015			
bis 50.000 US-\$	36	39	32
bis 100.000 US-\$	30	28	33
über 100.000 US-\$	34	33	35
Beurteilung US-Wirtschaftslage			
gut / sehr gut	36	58	14
nicht so gut / schlecht	62	41	85
individuelle finanzielle Situation			
besser als vor vier Jahren	31	47	15
schlechter als vor vier Jahren	27	11	45
unverändert	41	40	39

Quelle: Edison Research, a.a.O. (Fn. 5).

(vgl. Tabelle 4) als die größte Herausforderung für die Vereinigten Staaten. Terrorismus, Einwanderung oder Außenpolitik folgten auf der Problemagenda hier wie dort erst mit großem Abstand. Doch während sich Wirtschaftslage und Arbeitsmarkt – trotz aller bestehenden Schwierigkeiten – seit 2012 objektiv wie auch in der Einschätzung aller Bürger verbessert beziehungsweise entspannt haben, war die klientelspezifische Wahrnehmung höchst ambivalent. 41 Prozent der *Clinton*-, aber 85 Prozent der *Trump*-Wähler konstatierten zum Zeitpunkt der Wahl, dass sich Amerika in einem ökonomisch schlechten oder sehr schlechten Zustand befände. Für elf Prozent der *Clinton*-Wähler, aber für 45 Prozent der *Trump*-Wähler hatte sich die persönliche finanzielle Situation in den letzten vier Jahren nach eigenem Empfinden verschlechtert, wobei die Haushaltseinkommen im demokratischen Lager vor allem in den unteren Einkommensschichten nach wie vor niedriger sind als bei den Republikanern (vgl. Tabelle 4).

Ein weiteres charakteristisches Einstellungsmerkmal der *Trump*-Unterstützer war ihr geringer Zukunftsoptimismus. Während 46 Prozent der demokratischen Wähler prognostizierten, dass es Amerikas nächster Generation besser gehen werde als den Menschen heute (unverändert: 28 Prozent; schlechter: 22 Prozent), waren 45 Prozent der *Trump*-Wähler diesbezüglich pessimistisch (unverändert: 20 Prozent; besser: 30 Prozent). Den Sorgen seiner Wähler, die auch von ihrer Skepsis bei den ökonomischen Umweltfaktoren und wirtschaftlichen Abstiegsängsten gespeist wurden, stellte *Trump* eine zentrale Botschaft und unzählige Ankündigungen⁴¹ entgegen: Angetreten mit dem Slogan „Make America great again“ propagierte er bei einer stark innenpolitisch dominierten Agenda das politische Pa-

41 Detaillierte Übersicht zu *Donald Trumps* und *Hillary Clintons* (Wahlkampf-)Positionen unter anderem unter <http://www.ontheissues.org> (Abruf am 4. März 2017).

radigma „America first“. Mit dem von *Ronald Reagans* 1980er Kampagne⁴² übernommenem Wahlkampfmotto bediente *Trump* amerikanische Urinstinkte und das Selbstwertgefühl seiner Wähler. Gleichzeitig schaffte er den Seitenhieb auf vermeintliche oder tatsächliche Missstände in einer zerrütteten Nation. Das politische Paradigma „Amerika zuerst“, mit dem bereits vor über einem Jahrhundert der 28. US-Präsident *Woodrow Wilson* das „alte System ersetzen“ wollte⁴³, war dagegen die Ankündigung einer stark protektionistisch orientierten Wirtschafts- und Außenpolitik, die *Trump* gewinnbringend mit seinen hochrestriktiven Einwanderungsplänen verknüpfte.

In Freihandelsabkommen wie dem Wirtschaftsverbund NAFTA zwischen Kanada, den USA und Mexiko sah *Trump* den Grund für den wirtschaftlichen Abstieg der Vereinigten Staaten. Der geplanten Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft TTIP oder der Transpazifischen Partnerschaft TPP begegnete er skeptisch bis ablehnend. Unter anderem auf chinesische Importe forderte er Strafzölle. Neben einer deutlichen Reduktion des Spitzensteuersatzes versprach der milliarden schwere Tycoon deshalb, die Steuern für heimische Unternehmen von derzeit 35 auf 15 Prozent senken zu wollen. Sein Argument, mit einer entsprechend isolationistischen Wirtschaftspolitik und Steuervorteilen in den USA Jobs halten zu können, zog bei der eigenen Klientel: 57 Prozent der *Trump*-, aber nur 28 Prozent der *Clinton*-Wähler waren der Ansicht, dass der Handel mit anderen Ländern in den USA Arbeitsplätze koste. Noch deutlich extremer war die Polarisierung beim Thema Einwanderung. Entgegen der harschen Rhetorik ihres präferierten Kandidaten plädierte zwar selbst eine knappe Mehrheit der *Trump*-Wähler dafür, dass illegale Einwanderer statt einer Rückführung in ihre Herkunftsländer zumindest die Chance bekommen sollten, sich um einen legalen Aufenthaltsstatus in den USA zu bewerben. Doch mit Blick auf die Abschottung Richtung Mexiko, das laut *Trump* etwa „Killer, Drogen und Verbrechen“ liefere und „unser Geld“⁴⁴ bekomme, ging durch die Nation ein tiefer Riss: Fast neun von zehn Anhängern der Demokraten waren gegen *Trumps* Plan, entlang der Grenze zum südlichen Nachbarn eine durchgehende Mauer zu bauen; Dreiviertel der Republikanischen Wähler waren dafür.

Was schließlich die Außenpolitik betraf, die bei den Motiven der amerikanischen Wähler aber maximal eine Nebenrolle spielte, wirkten *Trumps* Aussagen im Wahlkampf auf Beobachter häufig inkohärent und widersprüchlich.⁴⁵ Faktisch bezog der 70-jährige Republikaner aber wiederholt klar Position, indem er sich etwa als großer Freund Israels und scharfer Kritiker des Atom-Deals mit dem Iran zu erkennen gab oder seine „America-first“-Doktrin mit Blick auf die NATO betonte. Während er für den Schutz von Partnern im

42 Vgl. C-Span, Reagan at 1980 Convention: „Make America Great Again“ Convention Speech, www.c-span.org/video/?c4541862/reagan-1980-convention-make-america-great (Abruf am 4. März 2017).

43 „America First, Wilson Slogan“, in: The Brandon Bell vom 15. Oktober 1915, S. 3, elektronisch verfügbar unter <https://www.coloradohistoricnewspapers.org/cgi-bin/colorado?a=d&d=BBE19151015.2.8#> (Abruf am 26. April 2017).

44 *Donald J. Trump*, Twitter Tweet vom 13. Juli 2015, <https://twitter.com/realDonaldTrump/status/620546522556534784> (Abruf am 4. März 2017).

45 Etwa auf den deutschen Außenminister *Frank-Walter Steinmeier* im Interview mit Spiegel online: *Severin Weiland*, Steinmeier nach Trump-Wahl: „Ein politisches Erdbeben kann ein Weckruf sein“, in: Spiegel online vom 10. November 2016, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/frank-walter-steinmeier-hofft-auf-klarstellungen-von-donald-trump-a-1120658.html> (Abruf am 4. März 2017).

Tabelle 5: Kompetenzen der Kandidaten (in Prozent)		
„Wer würde den besseren Job machen im Bereich ...“	Clinton	Trump
Wirtschaft	46	48
Außenpolitik	53	42
Commander in Chief	49	46
Quelle: Edison Research, a.a.O. (Fn. 5).		

westlichen Verteidigungsbündnis mehr Geld oder militärisches Engagement forderte, lobte er zumindest phasenweise⁴⁶ und begleitet von Irritationen den russischen Staatschef *Vladimir Putin*. Das Streben nach engeren Beziehungen zu Russland⁴⁷ begründete *Trump* auch mit dem Ziel, gemeinsam den „Islamischen Staat“ schlagen zu wollen – eine Angelegenheit, bei der die USA nach Ansicht von 28 Prozent der *Clinton*-Anhänger, aber von 77 Prozent der *Trump*-Wähler schlechte Arbeit leistete.

Dass aber *Donald Trump* – ganz abgesehen von viel Zuspruch bei der Wirtschaftskompetenz oder der Einschätzung, wer der bessere „Commander in Chief“ wäre – als Quasi-Politneuling selbst in außenpolitischen Fragen gegenüber der Ex-Außenministerin relativ starke Werte erzielte (vgl. Tabelle 5), lag offensichtlich weniger an einer überzeugenden Programmatik oder den globalen Visionen des späteren Präsidenten als am extrem ausgeprägten Gesamtphänomen des „negative voting“: Wie bei praktisch allen persönlichen oder politischen Profileinschätzungen fanden sich auch bei der Außenpolitik nur wenige *Trump*-Wähler, die sich zur demokratischen Gegenkandidatin positiv äußern wollten. Insgesamt erreichte dieses Wahlverhalten, wonach die eigene Stimme weniger zur Unterstützung des gewählten Kandidaten als vielmehr zur Verhinderung eines anderen eingesetzt wird, ein bemerkenswertes Rekordniveau: 2008 hatten unter registrierten Republikanern 35 Prozent der Befragten⁴⁸ erklärt, dass sie ihre Präferenz zugunsten des damaligen Kandidaten *John McCain* in erster Linie als Stimme gegen *Obama* verstünden. Jetzt sagten 51 Prozent, dass ihre *Trump*-Präferenz vor allem ein Anti-*Clinton*-Votum sei.

3. Ergebnis in den Vereinigten Staaten insgesamt

An der General Election vom 8. November 2016 haben sich nach vorläufigen Ergebnissen⁴⁹ gut 137 Millionen Amerikaner beteiligt. Davon haben 62,9 Millionen *Donald Trump*

46 Vgl. *Oliver Kühn*, „Ich liebe Putin nicht“, in: FAZ online vom 6. Oktober 2016, <http://www.faz.net/aktuell/politik/Trumps-praesidentschaft/Donald-Trump-rueckt-von-aeusserungen-ueber-wladimir-putin-ab-14468357.html> (Abruf am 4. März 2017).

47 Vgl. *David E. Sanger*, A Hawkish Role Reversal, in: The New York Times vom 21. Oktober 2016, S. A1.

48 PEW Research Center, Factors Underlying Voter Preferences, Positive and Negative Voting, <http://www.people-press.org/2016/10/27/2-factors-underlying-voter-preferences-positive-and-negative-voting/> (Abruf am 4. März 2017). Vergleichsdaten aus dem Exit Poll gibt es zum „negative voting“ aufgrund geänderter Abfragetechniken nicht.

49 Offizielle Ergebnisse der Federal Election Commission hat die amerikanische Bundesregierung für „Mitte 2017“ angekündigt: vgl. „2016 Presidential Election Results“, <https://www.usa.gov/election-results> (Abruf am 20. Januar 2017).

gewählt.⁵⁰ Damit hat der 45. Präsident mit rund sechseinhalb beziehungsweise drei Millionen Stimmen weniger auf der Habenseite eine deutlich geringere Gesamtwählerbasis als Amtsvorgänger *Barack Obama* während dessen erster beziehungsweise zweiter Amtszeit. Die Wahlbeteiligung erreichte prozentuiert auf die „voting age population“ nach ersten Berechnungen mit etwa 55 Prozent ein ähnliches Niveau wie bei *Obamas* Wiederwahl vor vier Jahren, liegt aber rund drei Prozentpunkte unter der Quote von 2008. Nachdem die geschätzte Anzahl der tatsächlich Wahlberechtigten⁵¹ seit 2008 um gut 18 Millionen gestiegen ist, haben sich gut fünf Millionen Wählerinnen und Wähler mehr als vor acht Jahren an der Abstimmung beteiligt. Für Herausforderin *Hillary Clinton* stimmten 65,8 Millionen Bürger, also 2,9 Millionen mehr als für Wahlsieger *Trump*. In der popular vote bedeutet dies einen vorläufigen Gesamtstimmenanteil von 48,0 Prozent für *Clinton*; *Trump* erreichte US-weit 45,9 Prozent. Etwa sechs Prozent aller Wähler – so viele wie seit zwei Jahrzehnten nicht mehr – votierten für einen der zumindest praktisch chancenlosen „third-party candidates“⁵². Gerade vor dem Hintergrund teilweise sehr knapper Ergebnisse in den swing states hat damit auch diese Gruppe den Ausgang der 58. Präsidentenwahl maßgeblich mitbeeinflusst.

Gleichwohl bleiben die Gesamtstimmen bei der indirekten Wahl der amerikanischen Präsidenten eine irrelevante Größe. Wie schon zuvor *Quincy Adams* im Jahr 1824, *Rutherford Hayes* 1876, *Benjamin Harrison* 1888 und *George W. Bush* im Jahr 2000 schaffte es *Donald Trump* nämlich trotz einer Niederlage in der popular vote ins Weiße Haus. Entscheidend ist letztendlich eine Mehrheit bei den Wahlmännerstimmen und damit zunächst das Erzielen möglichst vieler „electoral votes“ auf Bundesstaatenebene, die mit Ausnahme von Maine und Nebraska gemäß dem „the winner takes it all“-Prinzip⁵³ alle dem jeweils siegreichen Kandidaten zufallen. Hier hatte *Clinton* mit 232 Wahlmännerstimmen das Nachsehen gegenüber *Trump*, der am 8. November 306 der insgesamt 538 electoral votes für sich verbuchen konnte. Doch was der Republikaner wenige Wochen beziehungsweise selbst noch Monate nach der Wahl als „Erdrutschsieg“⁵⁴ und „größten Sieg seit *Ronald Reagan*“⁵⁵ interpretierte, war historisch betrachtet ein schwaches Ergebnis: Bei 45 von 58

50 Vgl. *Dave Leip*, Atlas of U.S. Presidential Elections, <http://uselectionatlas.org/RESULTS> (Abruf am 20. Januar 2017).

51 Verfügbare Daten und weiterführende Informationen zur geschätzten „voting-eligible population“ (VEP) liefert das Voting United States Elections Project am Department of Political Science der Universität Florida, <http://www.electproject.org/home> (Abruf am 20. Januar 2017).

52 Der Gewinn von Wahlmännerstimmen durch einen „third-party candidate“ gelang zuletzt 1968 dem Kandidaten der paläokonservativen American „Independent Party“ *George Wallace* in fünf Südstaaten und wurde 2016 – mit weitreichenden Konsequenzen – mit Blick auf den Mormonenstaat Utah zumindest als theoretisches Szenario diskutiert. Vgl. *Benjamin Morris*, How Evan McMullin Could Win Utah and the Presidency, in: *FiveThirtyEight* vom 13. Oktober 2016, <http://fivethirtyeight.com/features/how-evan-mcmullin-could-win-utah-and-the-presidency> (Abruf am 3. Februar 2017). Siehe auch den Beitrag zu Drittbewerbern bei US-Präsidentenwahlen von *Florian Gawehns* und *Manuel Franz* in diesem Heft der ZParl.

53 Vgl. unter anderem *Kara Z. Buckley*, Parties and Elections in America. The Electoral Process, Lanham 2004.

54 *Donald J. Trump*, Twitter Tweet vom 27. November 2016, twitter.com/realDonaldTrump/status/802972944532209664 (Abruf am 3. Januar 2017).

55 „Remarks by President Trump in Press Conference“, in: [Whitehouse.gov](https://www.whitehouse.gov/the-press-office/2017/02/16/remarks-president-trump-press-conference) vom 16. Februar 2017, <https://www.whitehouse.gov/the-press-office/2017/02/16/remarks-president-trump-press-conference> (Abruf am 20. Februar 2017).

Präsidentenwahlen hatte der spätere US-Präsident bei den Wahlmännern einen größeren Vorsprung⁵⁶, darunter seit *Reagan* auch *Obama*, *Bush Senior* und *Clinton*. Allerdings ist die Anzahl der gewonnenen electoral votes kein Indikator für Machtfülle, Dauer oder Qualität einer anschließenden Präsidentschaft: Zu den zwölf Wahlsiegern mit einem noch geringeren Vorsprung bei den Wahlmännerstimmen zählen aus der jüngeren Vergangenheit mit *John F. Kennedy*, *Richard Nixon*, *Jimmy Carter* und *George W. Bush* Ex-Präsidenten mit ganz unterschiedlichen Bilanzen. Formell gewählt wurde *Donald Trump* am 19. Dezember 2016 durch das Wahlmännergremium, wobei die relativ höchste Zahl an „faithless electors“ seit über 200 Jahren die Unzufriedenheit mit beiden Präsidentschaftskandidaten symbolträchtig zum Ausdruck brachte: Letztendlich votierten noch 304 Wahlmänner für *Trump* und 227 für *Clinton*⁵⁷ – zwei beziehungsweise fünf weniger, als es dem Ergebnis aus den Bundesstaaten bei der General Election im November entsprochen hätte.

4. Ergebnisse in den Bundesstaaten

Faktisch entschieden wurde die 58. Präsidentschaftswahl in den battleground states beziehungsweise swing states, die aufgrund absehbar knapper Mehrheiten traditionell hart umkämpft sind. Die notwendige Substanz für *Trumps* Mehrheit im Wahlmännergremium lieferten aber zunächst die traditionell republikanisch orientierten red states. Wie bei den meisten Präsidentschaftswahlen der jüngeren Vergangenheit war die „Grand Old Party“ überwiegend erfolgreich in einem breiten Streifen jenseits der Küsten, der sich von den nordöstlichen Mountain- und Central-Regionen der USA über weite Teile des mittleren Westens bis in den gesamten „Bible-Belt“ erstreckt, also denjenigen – zwischen Kansas im Nordwesten, Virginia im Nordosten, Texas und den Südstaaten gelegenen – Bundesstaaten, die besonders von evangelikalem Protestantismus geprägt sind. Seine besten Ergebnisse mit mehr als 30 Prozentpunkten Vorsprung konnte *Trump* in Wyoming, Oklahoma, North Dakota und Idaho verbuchen. Zudem in West-Virginia: Im Mountain State, wo das vom Strukturwandel gebeutelte Amerika besonders nahe an die Hauptstadt heranrückt und 19 von 20 Einwohnern Weiße sind, konnten die Republikaner mit rund fünfeinhalb Prozentpunkten mehr als 2012 diesmal ihr stärkstes Plus vermelden. Ansonsten waren größere Zugewinne von mehr als drei Punkten lediglich in einer Handvoll weiterer Staaten zu verzeichnen; in knapp der Hälfte aller Bundesstaaten musste *Donald Trump* sogar ein proportional schwächeres Ergebnis hinnehmen als *Mitt Romney* vier Jahre zuvor.

Dass sich aber in rund drei von vier Bundesstaaten zumindest das Saldo zugunsten der Republikaner verschoben hat, erklärt sich mit einem Plus für third-party candidates in ausnahmslos allen Bundesstaaten in Kombination mit der miserablen Bundesstaaten-Bilanz der demokratischen Präsidentschaftsanwärterin. Abgesehen von etwas mehr Zuspruch im progressiven Kalifornien, in den immer stärker bevölkerten Staaten Arizona und Texas sowie im Sonderfall Utah⁵⁸ blieb *Hillary Clinton* meist deutlich entfernt von den Stimmenanteilen,

56 In Relation zur Gesamtzahl aller Wahlmänner im jeweiligen Wahlmännergremium seit 1788.

57 Die „Certificates of Vote“ zum Abstimmungsverhalten der Wahlmänner in den jeweiligen Bundesstaaten dokumentiert das Nationalarchiv der Vereinigten Staaten unter <https://www.archives.gov/federal-register/electoral-college/2016/certificates-of-vote.html> (Abruf am 3. Januar 2017).

58 Vgl. *Benjamin Morris*, a.a.O. (Fn. 52).

die *Barack Obama* bei seiner zweiten Wahl im Jahr 2012 in den Bundesstaaten auf sich vereinen konnte. Neben einem fast zweistelligen Einbruch in den republikanischen Diasporagebietern Hawaii und Vermont – Herkunfts- beziehungsweise Heimatstaat von *Obama* beziehungsweise *Clinton*-Widersacher *Bernie Sanders* – waren Einbußen in anderen Hochburgen ein kalkulierbares Risiko. Dank struktureller Überlegenheit in den Pazifikstaaten und den meisten Teilen des dicht besiedelten Nordostens der USA konnten im demokratischen Kernland selbst erheblich weniger Stimmen nicht zum Verlust originärer Mehrheiten führen.

In den Bundesstaaten ohne parteispezifisch prädominantes Elektorat hatte die schwache Performanz der demokratischen Kandidatin allerdings wahlentscheidende Konsequenzen. So verschaffte *Clinton* zunächst der Gewinn von 16 sicheren blue states und dem District of Columbia 200 Wahlmännerstimmen – darunter neben Hausmächten wie Kalifornien, Maryland oder Massachusetts, wo die Demokraten nach Washington D.C. und Hawaii ihre stärksten Ergebnisse holten, auch die ehemaligen swing states New Mexico und Virginia mit ihrer inzwischen eher prodemokratischen Wählerstruktur. *Trumps* Basis waren seine Erfolge in 23 mehr oder weniger typischen red states mit insgesamt 191 Wahlmännerstimmen. Über die restlichen 147, und damit über den nächsten Präsidenten, wurde in elf „battlegrounds“ entschieden. Zu diesen zählten zunächst Nevada im Westen der USA, Colorado an den Rocky Mountains sowie am südlichen Atlantik North Carolina. Während *Clinton* die zusammen 15 Wahlmännerstimmen aus Nevada und Colorado halten konnte, holte *Trump* ebenso viele Stimmen in North Carolina.

Von größter Bedeutung, wenn auch per se noch nicht ausreichend für die Mehrheit von 270 Stimmen im electoral college, war für *Trumps* Gesamtsieg der Gewinn von Iowa, Ohio und Florida. Hier hatten 2008 und 2012 überall noch die Demokraten die Mehrheit. Jetzt aber erfuhr *Hillary Clinton* im landwirtschaftlich geprägten Iowa nach zweistelligen Verlusten die schwächste Unterstützung für einen demokratischen Präsidentschaftskandidaten seit 1980. Im von hoher Arbeitslosigkeit geprägten Industriestaat Ohio, ohne den es noch nie ein Republikaner ins Weiße Haus geschafft hatte, lag *Trump* am Ende deutliche acht Punkte vorne. Nochmals stärker als in den gesamten USA konnte er in Ohio bei weißen Männern punkten und war hier mit Dayton sogar in einer größeren Stadt erfolgreich. Symptomatisch war schließlich sein Erfolg in Florida: Nachdem hier bereits bei den letzten sechs Präsidentschaftswahlen im Schnitt weniger als zwei Prozentpunkte zwischen den jeweiligen Spitzenkandidaten lagen, gewann *Trump* – bei den Stimmenanteilen sogar wenige Zehntel schwächer als *Romney* 2012 – Florida mit 1,2 Punkten Vorsprung. In vielen Teilen quasi exemplarisch für die gesamten USA ließ sich die massive Polarisierung Floridas in einem heftigen Stadt-Land-Gefälle verorten: In den urban-hochverdichteten Counties mit ihrer überproportional starken nicht-weißen Bevölkerung wie Miami-Dade, Broward und Palm Beach (Metropolregion Miami), Orange und Osceola (Orlando) oder Leon und Gadsden (Tallahessee) lag *Clinton* im Schnitt mehr als 27 Punkte vorn. Dagegen konnte dieser seine Gegenkandidatin in den vielen eher ländlichen Wahlbezirken, insbesondere im Norden an den Grenzen zu Alabama und Georgia, mit Stimmenanteilen von häufig mehr als 70 Prozent deklassieren.

Nach den in der Vergangenheit häufig sehr knappen und wahlentscheidenden Ergebnissen waren diese drei klassischen swing states Florida, Iowa und Ohio nicht nur besonders symbolträchtig, sondern einmal mehr ein Sprungbrett zur Präsidentschaft: Um im electoral college die Mehrheit zu schaffen, musste *Trump* mit den insgesamt 53 Wahlmännerstimmen aus diesen drei Staaten sowie einer Stimme aus dem zweiten Kongresswahlbezirk in

Maine den Demokraten jetzt nur noch einen Staat aus *Hillary Clintons* „firewall“ im eher demokratischen Nordosten der USA abnehmen. Eigentlich sollten Minnesota, Wisconsin, Michigan und Pennsylvania der Ex-Außenministerin auch dann noch den Gesamtsieg sichern, wenn der politische Gegner alle anderen schwergewichtigen swing states gewonnen hätte – ein Präventivszenario demokratischer Strategen, das am Ende gründlich misslang. Neben den beiden battlegrounds, New Hampshire und Maine, konnte *Hillary Clinton* Minnesota zwar knapp halten. Pennsylvania und Michigan sowie Wisconsin, wo die Demokraten bei Präsidentschaftswahlen seit 1992 beziehungsweise seit 1988 nicht mehr verloren hatten, fielen am Ende aber an *Trump* – bezeichnenderweise mit den drei knappsten Siegen der Republikaner bei dieser Präsidentschaftswahl.

In Wisconsin und Pennsylvania reichte ihm ein Vorsprung von weniger als einem Prozentpunkt, um die zehn beziehungsweise 20 Wahlmännerstimmen aus diesen Staaten zu erhalten. Wechselnde Mehrheiten und knappe Ergebnisse hatte es hier schon häufiger gegeben: Mit weitläufigen konservativ-ländlichen Gegenden, traditionell liberalen Regionen und verdichteten Metropolen bieten beide Staaten einer politisch und gesellschaftlich heterogenen Bevölkerung viel Raum und den beiden großen Parteien viel Potenzial. Wie tief dabei aber inzwischen die Gräben verlaufen, zeigen beispielhaft die extremen Differenzen in Pennsylvania: Zwar haben die Republikaner in zahlreichen ländlich-klerikal dominierten Gegenden vor allem an den nordwestlichen und südwestlichen Flanken des Bundesstaates schon immer traditionelle Hochburgen; die Demokraten sind im großstädtisch geprägten Osten stark. Doch während *Clinton* im Keystone State rund die Hälfte aller ihrer in Pennsylvania erzielten Stimmen aus lediglich fünf Counties rund um Philadelphia sowie Philadelphia-Stadt – allein hier kam sie auf 82 Prozent – erhielt, wählten in fast der Hälfte aller 67 Counties mindestens zwei von drei Bürgern *Trump*. In Michigan mit seinen 16 electoral votes lag *Trump* am Ende nur gut 10.000 Stimmen oder 0,22 Prozentpunkte vor *Clinton*, die nach klaren Obama-Siegen 2008 und 2012 hier regelrecht eingebrochen war. Mit Parallelen zu Ohio und partiell auch zu Pennsylvania lieferten hier sozialstrukturelle und demographische Rahmenbedingungen – etwa die zahlreichen (ehemaligen) „blue-collar workers“ und eine überwiegend weiße, vergleichsweise schwach wachsende Bevölkerung – in Kombination mit Strukturwandel, problembelastetem Arbeitsmarkt, öffentlicher Verschuldung und industriellem Niedergang den idealen Nährboden für *Trumps* Kampagne. Früchte trug diese schließlich auch in Michigan vor allem außerhalb der Metropolen und jenseits von bildungsstarken oder traditionellen Wirtschaftsstandorten, wobei dieses signifikante Stadt-Land-Gefälle im traditionellen Industriegürtel der USA und den meisten anderen swing states charakteristisch war für die massiven regionalen Differenzen im Abstimmungsverhalten bei der 58. Präsidentschaftswahl.

In den Vereinigten Staaten insgesamt lag *Hillary Clinton* in den größeren Städten zwar mit 60 Prozent deutlich vor *Trump*, dem in den urbanen Gebieten US-weit nur 34 Prozent der Wähler ihre Stimme gaben.⁵⁹ In den Vortorten erzielte *Trump* dagegen mit 49 Prozent schon etwas mehr Unterstützung als *Clinton* mit 45 Prozent, die diese Wahl aber primär auf dem Land verloren hat. In den größeren Städten entsprach der Vorsprung der Demokraten mit 26 Prozentpunkten exakt dem Niveau von 2012, und in den suburbanen Gebieten hatten sich die Differenzen nur leicht um zwei Prozentpunkte zugunsten der Republi-

59 Vgl. Edison Research, a.a.O. (Fn. 5).

Tabelle 6: Wahlmännerstimmen (EV) und Ergebnisse in den Bundesstaaten (in Prozent)

Bundesstaat	Clinton		Trump		Bundesstaat	Clinton		Trump	
	%	EV	%	EV		%	EV	%	EV
Alabama	34,36		62,08	9	Montana	35,41		55,65	3
Alaska	36,55		51,28	3	Nebraska	33,70		58,75	5
Arizona	44,58		48,08	11	Nevada	47,92	6	45,50	
Arkansas	33,65		60,57	6	New Hampshire	46,83	4	46,46	
California	61,48	55	31,49		New Jersey	54,99	14	41,00	
Colorado	48,16	9	43,25		New Mexico	48,26	5	40,04	
Connecticut	54,57	7	40,93		New York	59,01	29	36,52	
Delaware	53,09	3	41,71		North Carolina	46,17		49,83	15
D.C.	90,86	3	4,09		North Dakota	27,23		62,96	3
Florida	47,41		48,60	29	Ohio	43,24		51,31	18
Georgia	45,35		50,44	16	Oklahoma	28,93		65,32	7
Hawaii	62,22	4	30,04		Oregon	50,07	7	39,09	
Idaho	27,48		59,25	4	Pennsylvania	47,46		48,17	20
Illinois	55,25	20	38,36		Rhode Island	54,41	4	38,90	
Indiana	37,46		56,47	11	South Carolina	40,67		54,94	9
Iowa	41,74		51,15	6	South Dakota	31,74		61,53	3
Kansas	35,74		56,16	6	Tennessee	34,72		60,72	11
Kentucky	32,68		62,52	8	Texas	43,24		52,23	38
Louisiana	38,45		58,09	8	Utah	27,17		45,05	6
Maine	47,83	3	44,87	1	Vermont	56,68	3	30,27	
Maryland	60,33	10	33,91		Virginia	49,75	13	44,43	
Massachusetts	60,01	11	32,81		Washington	52,54	12	36,83	
Michigan	47,03		47,25	16	West Virginia	26,18		67,85	5
Minnesota	46,44	10	44,93		Wisconsin	46,45		47,22	10
Mississippi	40,06		57,86	6	Wyoming	21,88		68,17	3
Missouri	37,88		56,39	10	Gesamt	48,03	232	45,94	306

Quelle: *Dave Leip*, a.a.O. (Fn. 50).

kaner verschoben. In den Kleinstädten und ländlichen Gegenden lag *Trump* am Ende jedoch 27 Prozentpunkte vorn: Während *Clinton* hier nur noch rund ein Drittel der Wähler erreichen konnte (34 Prozent; minus fünf Prozent im Vergleich zu *Obama* 2012), wählten nach einem außergewöhnlich starken Plus von acht Punkten 61 Prozent aller Amerikaner jenseits der Städte und Vorstädte *Trump*. Letztendlich gab es im großflächig-ländlichen Amerika bei dieser Wahl mehr Dynamik als in praktisch allen sozialen oder demographischen Gruppen. Damit fällt auch dem „small town/big city split“⁶⁰ die zentrale Rolle für den Ausgang dieser Wahl zu.

60 Im Analyseblog „The Avenue“ der Brookings Institution beschreibt *Richard Shearer* das Stadt-Land-Gefälle sogar als entscheidende Voraussetzung für *Trumps* Sieg: *Richard Shearer*, The Small Town-Big City Split That Elected Donald Trump, Brookings Institution vom 11. November 2016, www.brookings.edu/blog/the-avenue/2016/11/11/the-small-town-big-city-split-that-elected-donald-trump (Abruf am 4. März 2017).

5. Wahlverhalten in demographischen und sozialen Gruppen

5.1. Alter und Geschlecht

Im Vergleich zu den gewachsenen Stadt-Land-Differenzen sind die Veränderungen in den Altersgruppen bei dieser Präsidentschaftswahl moderat ausgefallen. Zunächst bestätigten sich die aus der jüngeren Vergangenheit bekannten Grundmuster, wonach jüngere US-Bürger überwiegend die Demokraten wählen, ältere Amerikaner eher die Republikaner. Bei allen ab 65-jährigen Wählern lag *Trump* sieben Prozentpunkte und bei den 45- bis 64-Jährigen acht Punkte vor *Clinton*. Diese hat umgekehrt bei allen 30- bis 44-Jährigen um zehn und bei den unter 30-Jährigen sogar um 19 Prozentpunkte stärker abgeschnitten als der neue Präsident. Zwar war *Trump* bei den unter 30-Jährigen praktisch genauso schwach wie *Romney* vier Jahre zuvor. Doch auch weil nach einem erheblichen Anstieg jetzt fast jeder zehnte junge Amerikaner seine Stimme einem Drittbewerber gegeben hatte, blieb die ehemalige First Lady hier sichtbar entfernt von der Unterstützung, die *Obama* in dieser Generation einst mobilisierte.

Selbst unter weiblichen Wählern entwickelte die erste Frau mit Aussichten auf das Präsidentenamt keine besondere Zugkraft. Mit 54 Prozent der Stimmen verfehlte sie bei Amerikanerinnen sogar knapp den Anteil, den *Barack Obama* 2008 und 2012 in dieser Gruppe verbucht hatte. Auffällig ist eher der massive Unterschied zwischen den Geschlechtern bei den jüngeren Menschen: Zwar haben auch die unter 30-jährigen Männer mehrheitlich die Präsidentschaftskandidatin der Demokraten unterstützt (*Clinton*: 47, *Trump*: 41 Prozent); doch bei den 18- bis 29-jährigen Amerikanerinnen (*Clinton*: 63, *Trump*: 30 Prozent) sowie – etwas weniger deutlich – den 30- bis 44-jährigen Frauen (*Clinton*: 58, *Trump*: 35 Prozent) wurde *Trump* deklassiert. Bei den ab 65-jährigen Wählerinnen lag der Geschäftsmann hingegen nur leicht hinter *Clinton*, bei allen 45- bis 59-jährigen Frauen – der quantitativ stärksten und entsprechend relevanten Altersgruppe – befand er sich mit seiner Kontrahentin fast auf Augenhöhe, speziell bei weißen Frauen der mittleren und älteren Generation war er sogar stärker als *Clinton*. Männer der mittleren und älteren Generation haben zunächst unabhängig vom Faktor Hautfarbe mehrheitlich *Trump* gewählt, allerdings mit einem symptomatischen Detailunterschied: Nachdem der Republikanische Kandidat bei den 30- bis 44-jährigen Männern mit 48 Prozent nur eine relative Mehrheit schaffte, war es letztendlich ausschließlich die Gruppe der ab 45-jährigen Männer, in der *Trump* deutlich mehr als die Hälfte der Stimmen verbuchen konnte (*Clinton*: 38, *Trump*: 58 Prozent).

5.2. Bildung, ethnische Zugehörigkeit und Migrationshintergrund

Nach den teils erheblichen Unterschieden im alters- und geschlechtsspezifischen Wahlverhalten gibt es in den meisten Bildungsgruppen weniger heftige Abweichungen, aber eine deutlich gewachsene Polarisierung. Nachdem vor vier Jahren die US-Bürger mit oder ohne Hochschulabschluss⁶¹ noch zu etwa gleichen Teilen demokratisch beziehungsweise republi-

61 Zur Entwicklung und Differenzierung der Bildungsabschlüsse in den USA vgl. unter anderem *Camille L. Ryan / Kurt Bauman*, Educational Attainment in the United States: 2015, in: US Census: Current Population Reports Nr. P20-578 vom 29. März 2016, <https://www.census.gov/content/dam/Census/library/publications/2016/demo/p20-578.pdf> (Abruf am 26. April 2017).

kanisch gewählt hatten, entschieden sich jetzt 52 Prozent aller formal höher gebildeten Wähler (College graduate / postgraduate study) für *Clinton* und nur 42 Prozent für *Trump*. Bei einer stärker differenzierten Betrachtung fällt der Vorsprung der Demokraten unter postgraduierten Wählern nochmals größer aus als 2012; in der Gruppe der Wähler mit Hochschulabschluss wechselten die Mehrheiten zugunsten der Demokraten. Umgekehrt haben sich unter allen anderen Wählern mit einem niedrigeren formalen Bildungsniveau (some college / associate degree oder maximal High School) die Gewichte zugunsten der Republikaner verschoben: 2008 und 2012 noch klar beziehungsweise knapp überwiegend *Obama*-Wähler, stimmten jetzt nur noch 44 Prozent aus dieser Gruppe, die am 8. November rund die Hälfte aller Wähler stellte, für *Hillary Clinton*. 51 Prozent der Befragten mit entsprechend niedrigem Schulabschluss entschieden sich für *Donald Trump* – im Detail 57 Prozent aller Männer, 66 Prozent aller Weißen beziehungsweise 71 Prozent der weißen Männer aus dieser Bildungsgruppe.

Was die ethnische Zugehörigkeit ganz allgemein betrifft, hat das proportionale Gewicht weißer Wähler analog zur Entwicklung weißer Amerikaner in der Gesamtbevölkerung in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich abgenommen.⁶² Dennoch bleiben Weiße die mit Abstand größte und vor allem besonders partizipationsstarke ethnische Wählergruppe. Zwar konnte der Republikanische Kandidat auch bei dieser Wahl unter Weißen mit 57 Prozent weit überdurchschnittlich Wähler rekrutieren, verfehlte aber knapp die Zustimmungsgrenze von *Mitt Romney* 2012. Unter schwarzen Amerikanern sowie der Gruppe der Hispanics / Latinos war *Trump* letztlich chancenlos, erzielte aber mit acht beziehungsweise 28 Prozent ein geringfügig besseres Ergebnis als *Romney* vier Jahre zuvor. *Clinton* enttäuschte dagegen vor allem bei den Hispanics / Latinos, die manche Beobachter⁶³ infolge von *Trumps* ultra-restriktiver Zuwanderungsprogrammierung vor der Wahl als demographische Brandschutzmauer für progressive Politik identifiziert hatten: Nachdem die Demokraten in diesem weiter wachsenden Wählersegment zwischen 2004 und 2012 von 53 auf 71 Prozent zulegen konnten, wählten jetzt laut Nachwahlbefragung⁶⁴ nur 66 Prozent der Hispanics / Latinos *Clinton*, die sich konträr zu *Trump* für eine vergleichsweise liberale Zuwanderungspolitik stark gemacht hatte. Dass ein Migrationshintergrund keinesfalls als Hindernis für die Wahl eines Präsidentschaftskandidaten diene, dessen Kampagne in weiten Teilen von Nationalismus, Protektionismus und Fremdenfeindlichkeit geprägt war, zeigt das Abstimmungsverhalten von eingebürgerten Amerikanern: Fast ein Drittel von ihnen hat für *Donald Trump* gestimmt.

62 Vgl. United States Elections Project, Non-Hispanic White Share of Electorate, <http://www.electproject.org/home/voter-turnout/demographics> (Abruf am 20. März 2017).

63 Vgl. etwa *Steven Shepard*, Latino Voting Surge Rattles Trump Campaign, in: Politico.com vom 11. Juni 2016, <http://www.politico.com/story/2016/11/latino-vote-surge-donald-trump-campaign-230804> (Abruf am 20. März 2017).

64 Aufgrund spezifischer Erhebungs- und Zugangsprobleme werden die Exit Poll-Ergebnisse beim Faktor ethnische Zugehörigkeit kontrovers diskutiert, etwa in der Washington Post: *Gabriel Sanchez / Matt A. Barreto*, In Record Numbers, Latinos Voted Overwhelmingly Against Trump. We Did the Research, in: Washington Post online vom 11. November 2016, <https://www.washingtonpost.com/news/monkey-cage/wp/2016/11/11/in-record-numbers-latinos-voted-overwhelmingly-against-trump-we-did-the-research/> oder in der Los Angeles Times: *Francisco I. Pedraza / Bryan Wilcox-Archuleta*, Did Latino Voters Actually Turn Out for Trump in the Election? Not Really, in: Los Angeles Times online vom 11. Januar 2017, <http://www.latimes.com/opinion/op-ed/la-oe-pedraza-latino-vote-20170111-story.html> (Abruf jeweils am 20. März 2017).

5.3. Familienstand, Konfession und Gewerkschaftsmitgliedschaft

Nach Alter, Geschlecht oder Hautfarbe haben sich die Abstimmungsmentalitäten auch bei individuellen Umweltmerkmalen wie dem Familienstand grundsätzlich nicht verändert: Verheiratete Wähler sind auch 2016 eher im Lager der Republikaner zu verorten, Unverheiratete bei den Demokraten. Allerdings hat sich der Vorsprung, den der wertkonservative Mormone *Romney* unter verheirateten Amerikanern 2012 hatte, mit *Trump* erheblich verkleinert. Im Saldo noch stärker sind umgekehrt die relativen Verluste der Demokraten bei unverheirateten Wählern, wofür primär die unverheirateten Männer verantwortlich sind: Von diesen entschieden sich nach einem zweistelligen Minus jetzt weniger als die Hälfte für *Clinton* entschieden, aber – bei vergleichsweise geringen Veränderungen zu 2012 – fast zwei Drittel der unverheirateten Frauen.

Sehr stabil war bei der 58. Präsidentschaftswahl das religionspezifische Wahlverhalten: Ohne substantielle Veränderungen zu 2012 wählten rund zwei Drittel der konfessionslosen US-Bürger die Bewerberin der Demokraten. Katholiken stimmten zu etwa gleichen Teilen für *Clinton* und *Trump*, knapp drei Fünftel der Protestanten und sonstigen Christen für den Republikaner, worunter allen voran die Subgruppe der weißen evangelikalen beziehungsweise weißen wiedergeborenen Christen Demokratische Diaspora bleibt. Dass der in dritter Ehe verheiratete *Trump* von Mitgliedern der radikalkonservativ-christlichen Strömungen, die innenpolitisch traditionell kommunikations- und ressourcenstark auftreten und mit rund einem Viertel aller Wähler bei der Entscheidung erneut stark überrepräsentiert waren, vier von fünf Stimmen erhielt, wird neben einem starken Anti-*Clinton*-Motiv auch mit den Inhalten – etwa *Trumps* Positionen zur Abtreibung – erklärt⁶⁵: Themen beziehungsweise der Faktor Themenorientierung besaßen für die Anhänger dieser häufig fundamentalistisch und antiliberal geprägten Religions- beziehungsweise Glaubensgemeinschaften überproportional viel Gewicht.

Anders als im konfessionellen Wahlverhalten gab es unter gewerkschaftsnahen Wählern erhebliche Verschiebungen: Trotz Rekordsummen, die aus Richtung der „Labor Unions“ vor allem an die *Clinton*-Kampagne geflossen waren⁶⁶, hat sich der Vorsprung der Demokraten in dieser Gruppe US-weit halbiert. Nach einem Minus von neun Prozentpunkten zu *Obamas* Ergebnis 2012 bei den Wählern mit Gewerkschaftsmitgliedern im Haushalt markieren 51 Prozent das schwächste Ergebnis für einen Demokratischen Kandidaten seit vier Jahrzehnten. Ähnlich wie in anderen westlichen Demokratien haben Gewerkschaften als klassische politische Vorfeldorganisationen zwar auch in den USA allein schon wegen ihrer rückläufigen Gesamtanteile im Elektorat an Bedeutung verloren. Gerade im mittleren Westen und dem nordöstlichen Industriegürtel der Vereinigten Staaten bildeten sie aber eine weiterhin große und bisher sehr zuverlässige Klientel der Demokraten. Jetzt war *Clinton* in Michigan in dieser originär pro-Demokratischen Stammwählergruppe mit minus 13 Prozentpunkten eingebrochen, in Ohio hatte sich sogar ein 23-Punkte-Vor-

65 Vgl. *Gregory A. Smith*, Many Evangelicals Favor *Trump* Because He is not Clinton, in: Pew Research Center vom 23. September 2016, <http://www.pewresearch.org/fact-tank/2016/09/23/manys-evangelicals-favor-trump-because-he-is-not-clinton/> (Abruf am 16. April 2017).

66 Vgl. *Dave Jamieson* / *Paul Blumenthal*, Labor Unions Spent A Record Amount On The Elections, in: The Huffington Post vom 8. November 2016, http://www.huffingtonpost.com/entry/labor-union-election-2016_us_58223b92e4b0e80b02cd7259 (Abruf am 3. März 2017).

sprung der Demokraten in einen 13-Punkte-Rückstand. Aufgrund weit überproportionaler Verluste hat *Clinton* bei entsprechend knappen Ergebnissen in den swing states die Präsidentenwahl auch wegen ihrer schwachen Performanz in den Gewerkschaftshaushalten verloren.

Tabelle 7: Wahlentscheidung in sozialen Gruppen (in Prozent)

	Gesamtanteile	davon wählten ...	
		<i>Clinton</i>	<i>Trump</i>
Alter			
18 bis 29 Jahre	19	55	36
30 bis 44 Jahre	25	51	41
45 bis 64 Jahre	40	44	52
über 65 Jahre	15	45	52
ethnische Zugehörigkeit			
Weiße	70	37	57
Schwarze	12	89	8
Hispanics / Latinos	11	66	28
US-Bürger von Geburt an			
ja	91	45	49
nein	9	64	31
Geschlecht			
Männer	48	41	52
Frauen	52	54	41
Hautfarbe und Geschlecht			
weiße Männer	34	31	62
weiße Frauen	37	43	52
Familienstand			
verheiratet	58	44	42
ledig	42	55	37
formales Bildungsniveau			
High School oder weniger	18	46	51
College ohne Abschluss	32	43	51
College graduiert	32	49	44
postgraduiert	18	58	37
Quelle: Edison Research, a.a.O. (Fn. 5).			

6. Amtsbeginn und Regierungspolitik⁶⁷

Die Amtseinführung des 45. Präsidenten fand am 20. Januar 2017 statt. Bei der „inauguration“, die neben der Vereidigung von Präsident und Vize-Präsident, dem Amtseid und einem zeremoniellen Rahmenprogramm auch traditionell die Antrittsrede des neuen Präsi-

⁶⁷ Zu einer frühen Bewertung der *Trump*-Präsidentenschaft vgl. den Beitrag von *Florian Böller* und *Markus B. Siewert* in diesem Heft der ZParl.

denten enthält, skizzierte *Donald Trump* Grundzüge seiner zukünftigen Politik.⁶⁸ Nach Machtwechseln wurde die „inaugural address“ bislang vor allem als ein integratives Element genutzt, um mit überparteilichen und versöhnlichen Worten nach harten und polarisierenden Wahlkämpfen die Nation zu sammeln und zu einen. Wenn auch gemäßigter als in den Monaten zuvor, blieb *Trump* bei diesem ersten offiziellen Statement auf Konfrontationskurs. Mit einer „anmaßenden und aggressiven“ Darbietung wurde seine im Ton „garstige und herrische“⁶⁹ Rede vielfach als radikal und verstörend empfunden. Dabei waren Inhalt und Auftritt prinzipiell konsequent und machten zu einem frühen Zeitpunkt Hoffnungen zunichte, wonach *Trump* im Amt gemäßigtere Positionen einnehmen werde. Wie schon während seiner gesamten Kampagne propagierte der Republikaner einen Bruch mit bisheriger Politik, keilte gegen Amtsvorgänger, das politische Washington sowie die US-Politik der letzten Jahrzehnte. *Trump* versprach, die in der Hauptstadt konzentrierte Macht „an das amerikanische Volk zurückzugeben“⁷⁰ und mit Blick auf Armut, Bildung und Gewalt das „amerikanische Gemetzel“ zu stoppen. Unter der Devise „America first“ würden von diesem Tag an „alle Entscheidungen über Handel, Steuern, Einwanderung, Außenpolitik (...) zum Vorteil amerikanischer Arbeiter und Familien getroffen“, nachdem „wir über Jahrzehnte ausländische Industrien auf Kosten der amerikanischen Industrie reich gemacht“ haben, „Trillionen Dollar in Übersee ausgegeben haben, während unsere Infrastruktur zerfällt“, die „Armeen anderer Länder subventioniert und gleichzeitig den traurigen Schwund unseres Militärs zugelassen“ und „die Grenzen anderer Länder verteidigt“ haben, „während wir uns weigerten, unsere eigenen zu verteidigen“.

Tatsächlich hat der 45. US-Präsident in den ersten Wochen seiner Amtszeit schnell und viel gehandelt: Wenige Stunden nach seiner Vereidigung erließ er ein Dekret zu „Obamacare“⁷¹ und praktizierte mit der partiellen Rücknahme der umstrittenen Krankenversicherung seines Amtsvorgängers symbolträchtig die unmittelbare Abkehr von bisheriger Politik. Mit dem Rückgriff auf eine „executive order“ nutzte *Donald Trump* wie andere Präsidenten vor ihm ein Instrument, das die Möglichkeit bietet, unter Vorbehalten am Kongress vorbei zu regieren, obwohl die Republikaner nun in beiden Häusern die Mehrheit besitzen. Zum einen konnte er so Kontroversen mit der eigenen Partei umschiffen, die in politischen Fragen nicht nur beim Thema Krankenversicherung heillos zerstritten ist.⁷² Und zum anderen versuchte *Trump* mit diesen Dekreten öffentlichkeitswirksam, die zügige Umsetzung von Wahlversprechen zu dokumentieren, ohne dabei auf etablierte Institutionen Rücksicht nehmen zu müssen. Erfolgreich war der politische Quereinsteiger mit seinen präsidialen Erlassen nur bedingt. Neben umstrittenen Inhalten und praktischen Problemen

68 Vgl. *Donald J. Trump*, Remarks of President Donald J. Trump – As Prepared for Delivery. Inaugural Address, in: Whitehouse.gov vom 20. Januar 2017, www.whitehouse.gov/inaugural-address (Abruf am 15. März 2017).

69 *Martin Klingst*, Der Zügellose, in: Zeit online vom 21. Januar 2017, www.zeit.de/politik/ausland/2017-01/amtseinfuehrung-Donald-Trump-inauguration-eliten (Abruf am 15. März 2017).

70 *Donald J. Trump*, a.a.O. (Fn. 68).

71 Vgl. „Executive Order Minimizing the Economic Burden of the Patient Protection and Affordable Care Act Pending Repeal“, in: Whitehouse.gov vom 20. Januar 2017, www.whitehouse.gov/the-press-office/2017/01/20/executive-order-minimizing-economic-burden-patient-protection-and-affordable-care-act-pending-repeal (Abruf am 15. März 2017).

72 Vgl. *Robert Draper*, Trump vs. Congress, in: The New York Times vom 4. April 2017, S. MM30.

für die Implementation und beteiligte Institutionen musste der neue Staatschef vor allem beim so genannten Muslim-Ban einen empfindlichen Rückschlag hinnehmen. Nach diversen Erlassen⁷³ etwa zum Ausbau von Öl-Pipelines, zum Rückzug aus dem Transpazifischen Freihandelsabkommen TPP oder zum Mauerbau an der Grenze zu Mexiko hatte *Trump* Ende Januar 2017 per Dekret verfügt, Bürgern aus sieben überwiegend muslimisch geprägten Staaten wegen erhöhtem Terrorismus-Risiko pauschal die Einreise in die USA zu verweigern.⁷⁴ Es folgten Proteste der Zivilgesellschaft, Chaos an den Flughäfen, scharfe Kritik aus Wirtschaft und Politik sowie spektakuläre Gerichtsentscheidungen. *Trumps* erstes Einreiseverbot wurde von einem Bundesgericht gestoppt, was – neben persönlichen Angriffen auf den entscheidenden Richter⁷⁵ und der Entlassung der kommissarischen Justizministerin – eine revidiert-abgeschwächte Version der Verordnung zur Folge hatte. Auch diese wurde wenig später von einem Gericht kassiert.

Neben den präsidialen Erlassen sorgten in den ersten Wochen und Monaten auch *Trumps* Team⁷⁶, Probleme mit Mitarbeitern, sein Umgang mit anderen Staatschefs und großen Teilen der Medien, Attacken auf Ex-Präsident *Obama* im Zusammenhang mit Abhör-Vorwürfen, mögliche – bereits im Wahlkampf heftig diskutierte – Verbindungen zu Russland sowie mehrere radikale Kurskorrekturen und Personalentscheidungen für Schlagzeilen. Unter anderem verkündete *Trump* überraschend, der Gesundheitspolitik jetzt Vorrang vor der vielfach versprochenen „phänomenalen“ Steuerreform einzuräumen.⁷⁷ Entgegen entsprechenden Dauervorwürfen im Wahlkampf rückte *Trump* außerdem von seinen Aussagen ab, dass China massiv Währungen manipuliere.⁷⁸ Aus einer „obsoleten“ NATO wurde plötzlich ein „Bollwerk für den internationalen Frieden“, das „nicht mehr obsolet“⁷⁹ sei. Nach *Trumps* heftig umstrittener Entscheidung zu Jahresbeginn, seinen Chefstrategen *Stephen Bannon* im Nationalen Sicherheitsrat zu installieren, musste der ideologische Hardliner und frühere Chef der ultra-rechten Website Breitbart News nach nur zwei Monaten den Posten in diesem außenpolitisch hochrelevanten Gremium wieder räumen. Und nach

73 Überblick zu den Executive Orders der *Trump*-Administration unter www.whitehouse.gov/briefing-room/presidential-actions/executive-orders (Abruf am 14. April 2017).

74 Vgl. „Executive Order: Protecting the Nation from Foreign Terrorist Entry Into the United States, in: Whitehouse.gov vom 27. Januar 2017, www.whitehouse.gov/the-press-office/2017/01/27/executive-order-protecting-nation-foreign-terrorist-entry-united-states (Abruf am 15. März 2017).

75 Vgl. *Donald J. Trump*, Twitter Tweet vom 4. Februar 2017, <https://twitter.com/realDonaldTrump/status/827867311054974976>? (Abruf am 14. April 2017).

76 Einen Überblick über das (zu Amtsbeginn geplante) Kabinett und die Berater gibt es unter anderem bei *Michael Stürzenhofecker* / *Sybille Klormann* / *Carsten Luther* u.a., Team Trump, in: Zeit online vom 9. Januar 2017, <http://www.zeit.de/politik/ausland/2016-11/Donald-Trump-kabinett-regierung> (Abruf am 14. April 2017).

77 Vgl. *Madeline Conway*, Trump: I Want to Pass Health Care Before Doing Tax Reform, in: Politico.com vom 11. April 2017, www.politico.com/story/2017/04/Trump-tax-reform-health-care-237125(Abruf am 14. April 2017).

78 Vgl. *Ana Swanson* / *Max Ehrenfreund*, Trump Administration Officially Declines to Label China Currency Manipulator, in: Washington Post online vom 14. April 2017, www.washingtonpost.com/news/wonk/wp/2017/04/14/Trump-administration-officially-declines-to-label-china-currency-manipulator (Abruf am 14. April 2017).

79 „Joint Press Conference of President Trump and NATO Secretary General Stoltenberg“, in: Whitehouse.gov vom 12. April 2017, <https://www.whitehouse.gov/the-press-office/2017/04/12/joint-press-conference-president-Trump-and-nato-secretary-general> (Abruf am 14. April 2017).

seinen diversen Warnungen im Wahlkampf Richtung *Barack Obama*, militärisch nicht in Syrien zu intervenieren, gab *Trump* Anfang April den Befehl, als Reaktion auf einen mutmaßlichen Chemiewaffeneinsatz durch das *Assad*-Regime einen syrischen Luftwaffenstützpunkt mit Raketen anzugreifen.

Ob sich hinter *Trumps* Wandlungen eine gezielte Strategie, veränderte Lageeinschätzungen, neue Berater, Spontaneität oder eine in weiten Teilen unverändert kritische Öffentlichkeit verbergen, bleibt weitgehend Spekulation. In jedem Fall sind sie weiterhin Ausdruck von Unberechenbarkeit und vermeintlicher politischer Inkohärenz eines Mannes, der unverändert mit „unehrlichen Gegnern“ und „Fake News“ hadert, „die den Sieg klein reden wollen“⁸⁰. Dass *Trump* weiterhin unterstreicht, die Wahl – entgegen teils sehr knapper Ergebnisse – „einfach“ gewonnen zu haben und darin die „Bestätigung einer großen Bewegung“⁸¹ sieht, resultiert womöglich auch aus einer Suche nach Anerkennung. Zumindest ausweislich der zahlreichen demoskopischen Befunde seit Amtsantritt, stehen diese Anerkennung als Person und eine Bestätigung seiner Politik durch die Bevölkerung noch aus: Die meisten Amerikaner haben von *Donald Trump* keine gute Meinung⁸², auch nachdem dieser im höchsten Staatsamt angekommen ist. Beim „approval rating“, dem klassischen Instrument der US-Demoskopen zur Akzeptanzmessung der Arbeit von US-Präsidenten, hat der 45. Präsident nur gut vier Monate nach seiner Wahl geschafft, wofür andere eine zweite Amtszeit oder zumindest mehrere Jahre brauchten: Ende März 2017 waren nur noch 35 Prozent der Amerikaner mit den Leistungen ihres Präsidenten zufrieden.⁸³ Seit Beginn entsprechender Messungen in den frühen 1950er Jahren hatte kein Präsident in so kurzer Zeit schlechtere Zustimmungswerte. Allerdings darf bei *Trumps* Image und Leistungsbewertung nicht übersehen werden, dass bei der 58. Präsidentschaftswahl weniger eine qualifizierte Person mit überzeugenden Konzepten ins Amt gewählt wurde – vielmehr wurden etablierte Politik und ihre Protagonisten abgewählt.

80 *Donald J. Trump*, Twitter Tweet vom 11. Januar 2017, <https://twitter.com/realDonaldTrump/status/819162968592183298> (Abruf am 14. April 2017).

81 Ebenda.

82 Daten und weiterführende Links zu den „favor polls“ häufig auch mit detaillierten Angaben zu methodischem Vorgehen, Befragungsinstrumenten, Fragetexten, Fehlerbereichen oder Auftraggebern unter anderem auf www.pollingreport.com/Trump_fav.htm, www.realclearpolitics.com/epolls/other/Trump_favorableunfavorable-5493.html oder <https://projects.fivethirtyeight.com/Trump-approval-ratings> (Abruf jeweils am 14. April 2017).

83 Aktuelle und historische Daten zum Presidential Job Approval unter anderem unter www.gallup.com/interactives/185273/presidential-job-approval-center.aspx oder <https://projects.fivethirtyeight.com/Trump-approval-ratings/> (Abruf jeweils am 14. April 2017).